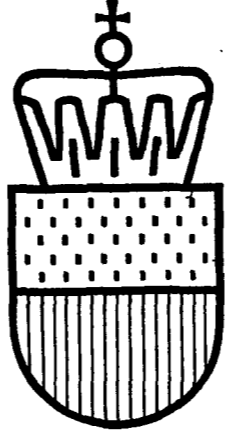


Liechtensteiner Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein



Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Postamtlich bestellt: jährlich Fr. 33.—, halbjährlich Fr. 16.50. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz, Telefon 075 / 221 43, Postcheckkonto IX 2988 SG. Redaktion: Vaduz, Telefon 075 / 213 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan FL.

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 9 Rp. 23 Rp.
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 11 Rp. 25 Rp.
Schweiz 12 Rp. 27 Rp.
Uebrigtes Ausland 14 Rp. 31 Rp.

Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 221 43. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen A.G. St. Gallen, Telefon 071 / 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Mittwoch, 22. August 1962

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

96. Jahrgang — Nr. 128

Der liechtensteinische Arbeiter und seine Zukunft

Unter diesem Titel erschien im Mitteilungsblatt des Liechtensteiner Arbeiterverbandes eine Artikelreihe, die in der Öffentlichkeit mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Dies gibt uns Veranlassung den Schluss dieses Artikels zu publizieren. (Die Red.)

II.

Es wird bestimmt begriffen, dass die Arbeiterschaft in dieser Hinsicht sehr ängstlich ist, da ihr die Sicherung durch eine Arbeitslosenversicherung abgeht. Auch darf man sich nicht dem Trugschluss hingeben, dass landschäftliche Arbeiten einer länger dauernden Krise gewachsen wären. Dass der Arbeiter vermehrtes Anrecht hat auf Berücksichtigung seiner individuellen Fähigkeiten, sei nur am Rande vermerkt, und schöne Ansätze in dieser Richtung sind auch schon festzustellen.

Wir kommen nun zum Punkt der Mitsprache der Arbeiterschaft in wirtschaftlichen Belangen der Betriebe. Dies ist einer der heikelsten Punkte in Diskussionen der Arbeiterschaft mit den Unternehmern. Aus falsch verstandenem «Herr im Hause» Standpunkt und aus Prestige-gründen steht man diesem Postulat vielfach ablehnend gegenüber. Man glaubt, dass diese Forderung ein Antasten an die Grundrechte des Privateigentums beinhalte oder die Hauptaufgabe des Unternehmers, die Fällung der grundsätzlichen Entscheidungen, tangiere. Vielfach wird der Arbeiterschaft auch die Fähigkeit abgesprochen, wirtschaftlich zu denken, die Aufblähung der Büroapparate weiterhin tendiert auf eine schärfere Arbeitsteilung zwischen Büro und Werkstattpersonal durch Entlastung der gedanklichen Arbeit des letzteren. Die Kompetenzbereiche in grossen Betrieben sind vielfach unübersichtlich und der moderne Trend der Verakademisierung der Betriebsführungen bedarf noch einer längeren Zeit, um sich mit den Belegschaften, zum höchstmöglichen Nutzen der Betriebe, feinfühlig einzuspielen.

Aus diesem Grundsatz sind auch die grossen Hoffnungen, die die Arbeiterschaft in die Betriebskommissionen setzte, vielfach enttäuscht worden. Ausser Fragen der Arbeitszeit, Tag zu Tag Personalproblemen und Akkordstreitigkeiten, vielleicht noch Freizeitprobleme wurde und konnte wenig positive Arbeit geleistet werden.

Im Grunde genommen kann die Mitsprache der Arbeiterschaft für jeden Betrieb nur förderlich sein. Man muss sich vorstellen, dass es unter der Arbeiterschaft hochintelligente Männer gibt, die durch ihre innere Verbundenheit mit dem Betrieb durch jahrelange Erfahrung Meister ihres Faches geworden sind. Fragen der Produktivitätserhöhung im allgemeinen,

der Maschinenbeschaffung der Ausschussverminderung, der Rationalisierung des Vorrichtungswesens dürfen und sollen ruhig mit einer Auswahl von Belegschaftsmitgliedern besprochen werden. Das Hauptgesprächsthema wird aber auf höherer Ebene die Personalpolitik sein. Hier ist gerade bei uns noch ein grosses Feld zu beackern. Liechtenstein hatte in den Anfängen der Industrialisierung keine qualifizierte Arbeiter und Angestellte, und Führungskräfte waren ebenso rar. Die liechtensteinische Arbeiterschaft ist jenen aufrechten und lieben ausländischen Arbeitskollegen und Vorgesetzten, die ihr zum heutigen Berufskönnen und -wissen verhalten, zu tiefstem Dank verpflichtet, und sähe einen grossen Kreis dieser Leute am liebsten als Mitbürger. Die Zeiten haben sich geändert. Der Liechtensteiner Arbeiter wird heute umworben, als Arbeiter hauptsächlich, man erkannte sein Können und seinen Fleiss. Mittlere und höhere Stellen sind ihm heute noch vielfach verschlossen. Es wäre vielleicht an der Zeit, das Experiment zu wagen, ob der liechtensteinische Vorgesetzte nicht ein ebensoguter Mann ist wie der liechtensteinische Arbeiter.

Man kann ruhig behaupten, dass eine gute Belegschaft, worunter selbstverständlich auch die Angestelltenschaft zu verstehen ist, das grösste Potential eines Betriebes ist und Gespräche, die auf eine Besserstellung, sozial und wirtschaftlich, der Belegschaft hinzielen, auch die beste Kapitalanlage bedeuten. Wieviel Geld unserer Industrie durch mangelhafte Personalpolitik jährlich verlustig geht, mag dahingestellt sein.

Tatsache ist es, dass es weise wäre, hier etwas Remedur zu schaffen gerade im Hinblick auf die bestimmt kommende Verknappung von ausländischen Arbeitskräften. Schöne Ansätze sind auch in dieser Richtung schon vorhanden. Wahrscheinlich müsste man den heutigen Arbeiter und Angestellten-Kommissionen einen etwas anderen, sicheren Status geben. Die liechtensteinische Arbeiterschaft ist unverbraucht, sie ist nicht mit ideologischen Vorurteilen durchdrungen und derjenige Arbeitgeber, der sie richtig führt, braucht sich um seine Zukunft, was Arbeiterfragen anbelangt, nicht bange zu sein. In dieser Hinsicht fasst die liechtensteinische Arbeiterschaft ihre Mitsprache auf und wenn man klug ist, werden beide Teile bloss Nutzen daraus ziehen. Inwiefern das Miteigentum der Arbeiterschaft am wirtschaftlichen Potential heute schon bei uns diskutiert werden soll, mag dahingestellt sein. Man könnte sich wenigstens theoretisch damit befassen, obwohl diese «Partnerschaftsbetriebe» solche Voraussetzungen erfüllen müssen, die in unseren Gegenden wahrscheinlich nie geboten werden können.

Wir kommen zum letzten Kapitel unseres Artikels und das ist die Beziehung der Arbeiterschaft zum Staat. Diese Beziehung darf nur integral, also allumfassend, angesehen werden. Durch die kurze geschichtliche Entwicklung der Arbeiterschaft fehlt jenes Ständebewusstsein, das seine eigenständige Politik ermöglicht. Gewerkschaftliches Gedankengut ist noch schwach entwickelt und Versuche zur eigenen politischen Tätigkeit über eine Arbeiterpartei schlugen fehl. Die Arbeiterschaft ist also einerseits überdimensional gewachsen, anderseits ihrer Probleme und Bedeutung noch nicht voll bewusst. Hier soll der Staat eingreifen: erstens praktisch und zweitens Möglichkeiten geben, der Arbeiterschaft einen proportionalen Platz im Staatswesen einzunehmen.

Man kann mit gutem Gewissen sagen, und mit Recht, dass sich die Arbeiterschaft ebenso wie andere Volksgruppen, ihr Recht erkämpfen soll. Dies stimmt und wird zum Teil auch gemacht. Aber nach all dem obigen wird man begreifen, dass der Staat der Arbeiterschaft all die Pflege zukommen lässt, die einer neuen und grossen Bevölkerungsgruppe, die zudem wirtschaftlich und sozial am schwächeren Hebel sitzt, gebührt.

Die Arbeiterschaft hat daher das Recht, in grossen wirtschaftlichen Belangen, im Ausbildungswesen, in der Energiepolitik und im Sozialwesen mitzureden. Der Staat und die Parteien sind weise beraten, wenn sie gewerkschaftlich gesinnten Männern vermehrte Mitsprache verschaffen. Unser Land verträgt kein extrem klassenständisches Klima und es ist noch genügend Zeit, jenen Staat zu formen in dem jeder, ob gross oder klein, geachtet als Bürger und wirtschaftlich gesichert in die Zukunft blicken kann.

Fürstentum Liechtenstein

Prominenter Besuch in Vaduz

Im Hotel Vaduzerhof in Vaduz ist am Montag Herr Dr. Hans Jochen Vogel, Oberbürgermeister der Stadt München für einen kurzen Aufenthalt abgestiegen.

Hochspannungsleitung durch Sprengung beschädigt

Durch Sprengung an einer Baustelle wurde gestern Vormittag die Hochspannungsleitung zwischen Triesen und Balzers arg in Mitleidenschaft gezogen, sodass die ganze Gemeinde Balzers mit Mäls während der Mittagsstunden ohne Strom war.

Die Freileitungsgruppe der Liechtensteinischen Kraftwerke, die sofort die Reparaturarbeiten aufnahm, konnten den Schaden inzwischen beheben.

Die Tour d'Europe durchquert Liechtenstein

Morgen Donnerstagfrüh zwischen 4.00 und 6.00 Uhr wird die Tour d'Europe für Automobile, die vom Allgemeinen Deutschen Automobilclub (ADAC) organisiert wird, unser Land von Süden nach Norden durchqueren.

Bei der Tour d'Europe handelt es sich um eine Wertungsfahrt, die von Travemünde aus über Hannover, Den Haag, Luxemburg, Moulins, Madrid, Lissabon, Algeciras, Tanger, Casablanca, Marakesch, Andora, Monte Carlo, Davos, Vaduz wieder zurück nach Travemünde führt. Es werden 60 Fahrer aller Kategorien zum Start zugelassen.

Unser Land wird im 4. Streckenabschnitt von Monte Carlo nach Travemünde berührt. Beim Moto-Rast zwischen Triesen und Vaduz wird

Tribüne
DER FREIEN MEINUNG

Hier fehlt eine Verbotstafel . . .

Wenn man die heutigen Strassen betrachtet muss man zugeben, dass es im allgemeinen wirklich nicht an Verbotsschildern und dergleichen fehlt.

Oft kann man aber beobachten, dass auf der kleinen «Strasse» vom Kurhaus Malbun zur Friedenskapelle regelrechter Stossverkehr herrscht und die blitzenden Strassenvehikel ausserdem rund um das Malbuner Kirchlein parkiert werden und so einen Kontrast zur Alpenwelt bilden, den man auf die Dauer zwar als typisch, niemals aber als besonders schön oder gelungen ansehen kann.

Die Autos könnten doch auch an den offiziellen Parkplätzen abgestellt werden, damit man wenigstens beim Kirchlein noch ein relativ ruhiges Malbun vorfinden würde. Hier fehlt es wirklich an einer eindeutigen Verbotstafel. Kritik

Man kann bloss hoffen, dass Liechtenstein, am Vorabend der grossen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlüsse in Europa, jene aufrechten Männer finden wird, aus Unternehmern, Staat und Arbeiterschaft, die gewillt sind, in gegenseitiger Achtung und auf Treu und Glauben, all jene Probleme zu lösen, die eine neue Form der Wirtschaft, die Industrialisierung, hervorgerufen hat. W.H.

notiert und kommentiert...

UdSSR: Das Zeitungsinsert als »Kriegslist«

In einer ganzen Anzahl von Zeitungen in westlichen Ländern, vorab in der «New York Herald Tribune», «The Manchester Guardian» und in einer kanadischen Zeitung, erschienen eines schönen Sommertages kürzlich eigenartige Inserate, die bei vielen Lesern Erstaunen, Kopfschütteln oder Empörung auslösten. Oben und unten fand der Leser in grossen Lettern den Vermerk: «Dieses Inserat ist von der Regierung der Sowjet-Union bezahlt worden». Das doppelte Inserat brachte einen Integraldruck einer Rede von Nikita Chruschtschow, die er am 10. Juli auf dem Kongress für Abrüstung und Frieden in Moskau gehalten hatte. Der Entschluss Chruschtschows zu dieser ungewöhnlichen Form der politischen Propaganda wurde gefasst, weil ihm schien, dass die westliche Presse seine Rede nur unzulänglich wiedergab, und dass sie sich vorzüglich zur Aufweichung des Verteidigungswillens im Westen eigne. Chruschtschow scheute nicht davor zurück, den horrenden Preis für ein solches Rieseninserat in einer der grössten Tageszeitungen Amerikas, Grossbritanniens und Kanadas auf den Tisch zu legen.

Allgemein herrscht über diese Kriegslist des Kremles arge Konsternation im Westen. Ein kanadischer Millionär anbot sich, seinerseits in der russischen Zeitung «Prawda» ein ganzseitiges Inserat erscheinen zu lassen, um auf die Rede Chruschtschows die entsprechende Antwort vor dem russischen Leser auszubreiten. Er bot dafür gegen 3000 Dollar Bezahlung. Die «Prawda» aber antwortete lakonisch, sie führe keine Inserate und nehme auch gegen Bezahlung keine solche an. In der Tat ist doch das Werbewesen und die Zeitungsreklame in der Sowjet-Union, da es keinen wirtschaftlichen Wettbewerb gibt und alle wirtschaftlichen Organisationen Staatsunternehmen sind,

die nach vorgefassten allgemeinen Wirtschaftsplänen die Produkte herstellen und verteilen, mehr oder weniger unbekannt. Ein weiterer Grund, warum Inserate in der Sowjet-Union und in den Satellitenländern überflüssig sind, liegt bekanntlich in dem Umstand, dass die meisten Warengattungen Mangelware sind und reisenden Absatz finden, sobald sie nur irgendwo auf dem Markt zu erschwinglichen Preisen auftauchen. Es entspricht dies der Situation des Verkäufermarktes, wo der Mangel denjenigen, der etwas anzubieten hat, in eine überaus starke Position manövriert, während der Käufer nach Ware lechzt und der Ware nachrennt, wo immer er sie finden kann.

Die Problematik liegt indessen weniger in dieser Situation und in der Absage der «Prawda», Gegenrecht zu halten, als in der Institution des bezahlten Inserates überhaupt. Ist es richtig, dass eine fremde Regierung, ja sogar ein Feind des Landes zum Mittel des bezahlten Zeitungsinsertes greifen kann, um unbehelligt seine Meinung zum Ausdruck zu bringen? Bei allem Bekenntnis zum Prinzip der

Freiheit der Meinungsäusserung und zur Pressefreiheit scheint daran etwas Stossendes zu sein, und es ist nicht von ungefähr, dass die Reaktion auf das seitenlange Chruschtschow-Insert eher sauer und bitter war und nun dazu führt, dass dieses Problem näher studiert wird. Zwar ist die politische Meinungsäusserung auf dem Inseratwege genau wie die kommerzielle Reklame nicht zu beanstanden. Aber liegt nicht ein Unterschied darin, ob Wahlkandidat X oder Partei Y ihre Meinung zum Ausdruck bringt, oder ob eine fremde Regierung über das Mittel der Druckerpresse mit propagandistisch gefärbten Äusserungen direkt an die Leser gelangt und sich damit im Innern eines Landes in die Politik einmischt? Die Frage stellen, heisst sie beantworten. Würde man diesem Missbrauch nicht einen Riegel schieben, so hiesse das mit ungleichen Waffen kämpfen und zugeben, dass im Westen alles käuflich sei - so etwa nach dem Wort von Lenin, die Kapitalisten seien bereit, selbst noch die Stricke zu verkaufen, an denen sie aufgeknüpft würden . . . Luzius.